

zenten, um wieviel die Ablieferung hinter dem Vorjahresergebnis zurückbleiben muß – je nach Größe des Betriebes zwischen zwei und 12,5 Prozent. Das entspricht insgesamt einer Minderung um 1,9 Millionen Tonnen Milch.

Wer nachweisen kann, daß er von der Kürzung besonders betroffen würde – etwa weil er mit Staatshilfe einen neuen Stall gebaut hat, der jetzt leerstehen müßte –, darf sich als Härtefall um eine Ausnahmeregelung bemühen. Fast 90 000 Bauern meldeten sich. Ihre Forderung: Mehrproduktion von 1,9 Millionen Tonnen – genausoviel, wie gespart werden soll.

Schon die Härtefallklausel sorgt für ausreichenden Ärger. Was einem Bauern im Dorf genommen wird, bekommt der Nachbar, nur weil er 1983 seinen Kuhstall vergrößert hat, und das auch noch mit staatlichen Krediten. Kiechles Staatssekretär Hans Jürgen Rohr: „Staatlich verordnete Umverteilung.“

Der Zorn über die Bescheide ist noch nicht verraucht, da steht schon der nächste Ärger bevor: Vom 15. Oktober an wird mit den Milchbauern abgerechnet. Für jeden Liter, den sie über ihre genehmigten Kontingente hinaus an die Molkerei geliefert haben, müssen sie 53 Pfennig zurückzahlen. Bekommen haben sie dafür rund 70 Pfennig.

Betroffen ließ sich Kiechle dieser Tage berichten, daß es Bauern gibt, bei denen der Verkaufserlös eines ganzen Monats von den Molkereien einbehalten wird. Insgesamt sollen die Landwirte, so die Schätzung, bis Ende des Jahres rund 250 Millionen Mark Milchgeld wieder herausrücken. Ein Bonner Planer: „Dann muß sich der Kiechle warm anziehen.“

Das muß er ohnehin: Am 1. Januar wird der Grenzausgleich abgebaut, die Preise sinken um fünf Prozent. Zu den Milchbauern werden sich im Zorn gegen Bonn die Getreideproduzenten gesellen. Eine üppige Ernte 1984 hat ihre Preise purzeln lassen. Umsatzeinbußen bis zu zehn Prozent können, den Abbau des Grenzausgleichs eingerechnet, die Folge sein.

Die größte Enttäuschung, das wissen die Bonner Agrarexperten schon heute, müssen die Landwirte erst im Frühjahr verkraften. Dann stehen die neuen Preisverhandlungen der EG an. Dann hat Kiechle kaum eine Chance, verlorenen Boden für Strauß und Kohl gutzumachen. Denn nach wie vor wird in Europa zuviel produziert, und die Brüsseler Agrarkasse bleibt leer.

Bleibt das politische Gerangel um die Schuldzuweisung. Und da hat Franz Josef Strauß mit seinen Attacken gegen Kiechle und die Bonner Agrarpolitik einen gehörigen Vorsprung für seine CSU herausgelaufen.

Der Pfälzer Helmut Kohl könnte bald noch ärger ins Gedränge kommen: Als nächstes sind die Winzer dran, und von denen wohnen besonders viele in des Kanzlers Stammland Rheinland-Pfalz.

WALDSTERBEN

Alarmstufe eins

Seit dem letzten Herbst haben sich die Waldschäden erneut verdoppelt. Forstbehörden fahnden schon nach Lagerflächen für „Großanfällige von Rundholz“, Waldbesitzer rechnen mit ruinösem Holzpreis-Verfall.

Stuttgarts Umweltminister Gerhard Weiser, den Parteifreunde einen „notorischen Optimisten“ nennen, machte seinem Ruf alle Ehre.

In der Donauhalle zu Ulm, beim Jahrestreffen des Deutschen Forstvereins,



Eichensterben in Stuttgart: „Eine Welt geht zugrunde“

warte der Christdemokrat letzte Woche 1300 Grünröcke, die besorgt über das Waldsterben debattierten, vor „Panik“: Die Probleme, versicherte der Minister, seien „lösbar“.

Guter Dinge scheinen, allen Schreckensmeldungen aus Deutschlands Forsten zum Trotz, auch viele von Weisers Unionsfreunden. Die Bundesregierung, die weder eine rasche Einführung des Umweltautos noch – nach schweizerischem Vorbild – ein Tempo-Limit zur Abgasbegrenzung durchzusetzen vermag, vermeidet nach Möglichkeit noch immer das Wort „Waldsterben“ zugunsten der harmlos klingenden Wendung „neuartige Waldschäden“.

Ob sich die christliberale Koalition solche Verniedlichung noch lange leisten

kann, ist fraglich. Letzte Woche trafen im Bonner Agrarministerium nahezu täglich alarmierende Berichte aus den Bundesländern ein – Zwischenergebnisse einer „Schadensfeststellung“, die seit zwei Jahren, jeweils im Herbst, im Auftrag der Bundesregierung vorgenommen wird und deren jüngstes Ergebnis im Laufe dieses Monats veröffentlicht werden soll.

Letzte Woche bereits war abzusehen, daß das 1984er Resultat von niederschmetternder Eindeutigkeit sein wird. Innerhalb von nur zwölf Monaten hat sich der Krankenstand im deutschen Wald erneut verdoppelt: Mittlerweile siecht mehr als die Hälfte aller Bäume dahin (siehe Kasten Seite 20). Die Daten

belegen, daß dem amtlichen Bonn eine verhängnisvolle Fehleinschätzung der Lage des Waldes unterlaufen ist.

Der Kabinettsbeschuß in Sachen Katalysator, dem zufolge erst nach der Jahrtausendwende das letzte luftverpestende Auto verschrottet werden dürfte, sei in Wahrheit „ein Waldsterbe-Fahrplan“, kommentierte die „Süddeutsche Zeitung“; die Regierung Kohl habe „bis heute nicht die Dramatik dessen begriffen, was sich ereignet, indem der Wald stirbt: Eine Welt geht zugrunde“.

Wie ernst sich die Lage Politikern darstellt, die, anders als die Bundesregierung, nicht auf Abwiegen bedacht sind, erhellt ein internes Schreiben, das jüngst das hessische Landwirtschaftsministerium unter dem Aktenzeichen III A 2-7555 - E 41 an alle Forstämter schickte:

Weil die Landesregierung infolge des voranrasenden Waldsterbens mit „Großanfälligen von Rundholz“ rechnet, sollen die hessischen Forstbeamten allerorten nach Lagerflächen „zur Konservierung von Holz“ fahnden.

Benötigt wird dafür ein gigantisches Terrain. Die Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft hat sich bereits der Frage gewidmet, wieviel Holz anfällt, wenn auch nur alle Nadelbäume, die älter als 50 Jahre sind, bis zur Jahrtausendwende gefällt werden. Ergebnis: 6000 Millionen Festmeter – genug, um die Fläche des gesamten Landes Hamburg einen Meter hoch einzustapeln.

Allerdings: Nur wenn das Holz aus den „Noternten“, so Hessens Forstminister Willi Görlach (SPD), ständig bewäss-

Der Tannenbaum stirbt aus

Ergebnisse der neuesten Bonner Waldschadensbilanz

Deutschlands Förster boten Spaziergängern letzten Monat ein merkwürdiges Bild. Das Fernglas, sonst benutzt zur Pirsch auf Hase und Hirsch, richteten sie steil nach oben, in die Wipfel der Waldbäume. Die Aufmerksamkeit galt „beginnenden Kronenverlichtungen“, „Gelb- und Braunfärbung“, „Angsttrieben“ und der „Flechtenbesiedlung immissionsgeschädigter Bäume“.

Das Resultat der „Okularansprache“, Bestandteil einer bundesweiten „Schadensaufnahme“ des Landwirtschaftsministeriums, scheint zu bestätigen, was Umweltdenker wie Frederic Vester („Unsere Welt – ein vernetztes System“) schon vor Jahren vorausgesagt haben: Wenn die Luftverschmutzung einen „kritischen Schwellenwert“ überschritten hat, nimmt die Zahl der sterbenden Bäume nicht linear, sondern exponentiell zu.

Bei anhaltendem Trend wäre bereits in sechs Jahren der gesamte deutsche Wald geschädigt: In Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen hat sich die Fläche des kranken Waldes seit dem Herbst 1983 erneut verdoppelt – ebenso wie schon im Jahr zuvor.

Zwar sind die Schadensraten regional unterschiedlich; im Schwarzwald und auf der Alb etwa ist nur noch jeder dritte Baum gesund, in Niedersachsen hingegen gelten noch zwei von drei Bäumen als ungeschädigt. Die Steigerungsquoten aber sind in beiden Ländern gleich: 100 Prozent im Jahr. Die Krankmeldungen etwa aus Nordrhein-Westfalen und Hessen zeigen die gleiche Tendenz.

Was „Gesundbeter und Berufsoptimisten“, so ein Stuttgarter Forstrat, in den vergangenen Jahren noch ausschließen wollten, ist nun unumstößliche Realität: Die Laubbäume sterben ebenso wie die Koniferen. In Baden-Württemberg sind bereits 60 Prozent der Eichen und Buchen „immissionsgeschädigt“, in Hessen rund 50 Prozent, in Niedersachsen 43 Prozent.

Dabei galt, so Hessens Landesforstmeister Hans-Joachim Fröhlich, die deutsche Eiche jahrhundertlang als „unsere stabilste Baumart“. Jetzt weitete sich das Eichensterben „explosionsartig“ aus – vor einem Jahr noch waren Eichen wie Buchen nahezu ohne Befund gewesen.

Trost zieht Niedersachsens Forstminister Gerhard Glup aus der Tatsa-

che, daß die kranken Buchen seines Landes überwiegend in die Schadensstufe 1 („kränkelnd“) fallen und von der Schadensstufe 3 („sehr krank bis absterbend“) noch weit entfernt scheinen.

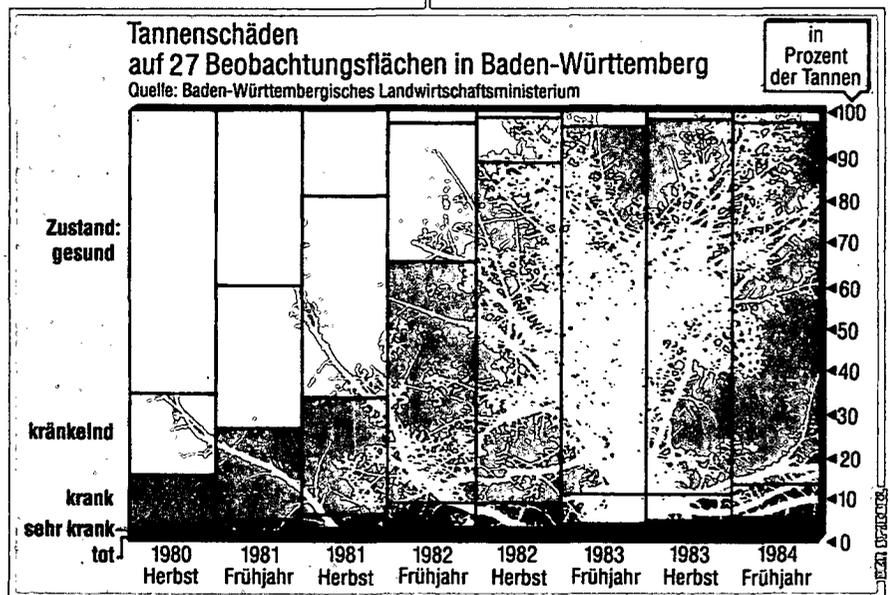
Hessens Forstchef Fröhlich mißtraut solchem Optimismus. Er kennt große Fichtenbestände in der Rhön, die im vergangenen Herbst ebenfalls „nur in die Stufe 1“ gerechnet wurden – „in diesem Mai waren alle kaputt“.

Während der Bundesverband der Deutschen Industrie im vergangenen Herbst „noch keine Anhaltspunkte“

sert wird, kann es über Jahre seine Qualität bewahren. Zwar sind bereits diverse Verfahren der Holzlagerung mit Hilfe „künstlicher Beregnung“ nach Darstellung des Wiesbadener Ministeriums „zur Praxisreife“ entwickelt worden. Doch es fehlt an ausreichend großen Hanglagen, wo solche Holzdeponien mit natürlichem Gefälle bewässert werden können.

Gezielt suchen die Hessen-Förster deshalb nach „Wassereinlagerungsmöglichkeiten“ für das „Kalamitätsholz“ (Fach-Jargon). Die Länge der Wunschliste entspricht den zu erwartenden Holz-mengen: „In Betracht kommen“, so die Behörde, „Stauseen, Baggerseen, Flußarme, frühere Floßhäfen, andere Hafengebiete, sonstige Wasserflächen.“

Auch die Finanzminister der Länder müssen das Waldsterben jetzt zur Kenntnis nehmen: „Der Forst als gewinnbrin-



dafür sah, daß Luftverunreinigungen „als wesentliche Ursache“ für die Waldschäden verantwortlich sind, gibt es mittlerweile kein wissenschaftliches Institut mehr, das daran zweifelt.

Je höher die Waldlagen und je mehr sie dem vorherrschenden Westwind ausgesetzt sind, desto schneller sterben die Bäume. Von hundert alten Fichten auf den Höhenzügen des Weserberglandes sind, wie letzte Woche bekannt wurde, gerade noch zwei gesund.

Auf 27 Beobachtungsflächen in Baden-Württemberg gar fand sich in diesem Jahr keine einzige gesunde Tanne mehr (siehe Schaubild). Der ohnehin nur im Süden des Bundesgebiets heimische Symbolbaum der deutschen Weihnacht wird, womöglich noch bevor seine Bedrohung ins Bewußtsein der Nation gedrungen ist, ausgestorben sein.

gender Staatsbetrieb“, weiß Bodo Baars, Sprecher des Wiesbadener Forstministeriums, „gehört für lange Zeit der Vergangenheit an.“

Die staatlichen Holzverkäufer, wegen ihrer regelmäßigen Erträge traditionell Lieblingskinder der Finanzminister, schlossen das Haushaltsjahr 1983 erstmals mit Millionenverlusten ab – bisher noch in zweistelliger Höhe, „in der Zukunft wahrscheinlich dreistellig“, wie ein Stuttgarter Forstministerialer befürchtet.

Wie die privaten Waldbesitzer sind auch die staatlichen Förster vom Gefüge der Preise für Stammholz abhängig, die seit Beginn des Waldsterbens rapide fallen: Mit der Zwangernte absterbender Bäume steigt das Angebot; Folge ist laut Hessen-Görlach „ein Preisverfall“, der nur durch langfristige Notlagerung gebremst werden könne.

Ob Görlachs Rechnung aufgeht, steht dahin, weil der „Zwangseinschlag“ aus dem Waldsterben auch das Angebotsgefüge der Holzsorten durcheinander-

bringt. Faustregel von Gerhard Heider, Geschäftsführer der deutschen Sägewerksverbände: „Zwanzig Prozent Zwangseinschlag sind aufzufangen, darüber wird es marktwirksam.“

Diese Krisengrenze wird dieses Jahr bereits überschritten. „Die langjährige Einschlagsplanung können wir in den Schornstein schreiben“, weiß der hessische Forstsprecher Baars.

Baden-Württembergs Förster ließen im vergangenen Jahr schon 26 Prozent ihres Holzes in Beständen schlagen, die noch gar nicht zur Ernte vorgesehen waren.

Im Schwarzwald wie im Odenwald wird es noch schlimmer kommen: Mindestens jeder fünfzigste Baum in Baden-Württemberg rangiert nach der jüngsten Untersuchung in der „Schadensstufe 3“ und muß sofort, außer der Reihe, gefällt werden.

„Das ist gut der Holzeinschlag eines Jahres“, rechnet ein Förster aus Ostthessen vor, der im Baumbestand seines Reviers zu ähnlichen Zahlen gelangt ist. „Der Holzpreis“, erwartet auch der Waldbesitzerverband, „wird in den Keller fallen.“

Dramatischer noch nehmen sich Folgen aus, die das offenbar kaum mehr zu bremsende Waldsterben überall in den bergigen Regionen Mitteleuropas zeitigen wird, vor allem in Bayern, Österreich und der Schweiz.

In den Alpen, sagt der Tiroler Landesforstdirektor Herbert Scheiring, müsse die Vegetation nicht flächenhaft absterben, „um ganze Täler unbewohnbar zu machen“. Scheiring: „Hier genügt es durchweg, wenn Teile der Waldbestockung ausfallen und damit die Schutzleistung gegenüber Lawinen verlorengeht.“

„Alarmstufe eins“ besteht nach Ansicht des Münchner Landschaftstechnikers Professor Ulrich Aumer schon jetzt für viele Teile der deutschen Alpen. Aumer, dessen Mitarbeiter 58 000 Gebirgsbäume untersucht haben, fand heraus, daß 69 Prozent der Lawinenschutzwälder geschädigt sind, ein Viertel so sehr, daß sie binnen fünf bis zehn Jahren ihre Schutzfunktion verlieren.

Damit aber, warnt auch der alpenländische „Verein zum Schutz der Bergwelt“, sei eine „große, fast unvorstellbare Katastrophe“ unausweichlich: „Dann sind die Gebirgstäler nicht mehr bewohnbar, das größte europäische Erholungsgebiet wird vernichtet.“

Womöglich müssen sich die Deutschen noch auf Schlimmeres gefaßt machen. Weiter anhaltende Versauerung, wie sie aufgrund der halbherzigen Bonner Umweltpolitik unausweichlich ist, führt dazu, daß der Waldboden seine Filterfunktion einbüßt, so daß giftige Metalle in Lösung gehen, in Talsperren wandern und ins Grundwasser eindringen (SPIEGEL 32/1984).

Ihr erster Schritt: Ein neuer Baum!

Es ist ganz einfach. In diese Tüte haben wir ein Stück gefährdete Natur gepackt. Aus diesem Pflanzensamen können Sie Ihr eigenes Stück Natur ziehen: Eine tägliche Erinnerung an unsere gemeinsame Verpflichtung zum Schutze unserer Umwelt.

Rotfichten
Samen



Der Bundesminister des Innern

Bonner Aufforstungs-Appell
„Bis heute nichts begriffen“

„Unangenehme Überraschungen“ haben Beamte des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft bereits im Frühjahr erlebt, als sie im Spessart und im Fichtelgebirge, in der Oberpfalz und im Bayerischen Wald Grundwasserproben zogen:

Der Schadstoffgehalt an Aluminium überstieg in den meisten Fällen den von der Weltgesundheitsorganisation festgelegten Richtwert.

Bonnens Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) tut derweil noch immer so, als seien nur die Bäume, nicht aber auch die Waldböden vergiftet. Jedenfalls läßt der umweltpolitisch weithin erfolgreiche Minister seit Monaten vieltausend-

fach ein buntes Falblatt mit einer beige-klebten Tüte „Rotfichten-Samen“ verteilen.

Begleittext: „Mit Ihrer tatkräftigen Unterstützung werden wir schnelle Erfolge erzielen . . . Aus diesem Fichtensamen können Sie Ihr eigenes Stück Natur ziehen.“

„Jeder einzelne“, so Zimmermann in seinem mit den Farben Schwarz-Rot-Gold geschmückten Appell, möge bei der Aufforstung mithelfen: „Es ist ganz einfach.“

GRÜNE

Faszination der Macht

Die Grünen verunsichern Ihre Wähler und die eigene Basis: Für Bündnisse mit der SPD will ein Teil der Partei alternative Grundsätze hintanstellen.

Ein „Stück Unehrllichkeit“ sei es, wenn die Grünen sich die „Hände nicht schmutzig machen wollen“, statt dessen nur bestimmen, „wo die Moral sitzt, und die anderen müssen mit der praktischen Politik zurechtkommen“.

Es ist Otto Schily, einst Sprecher der Grünen im Bundestag, der sich so über seine Parteifreunde ausläßt, weil die sich nicht mit der SPD einlassen wollen.

Schily redet fast so wie Heinrich Lummer, CDU-Innensenator in Berlin, oder der SPD-Linke Oskar Lafontaine. Ein „Stück Feigheit“ sei diese Ziererei, so Lummer-O-Ton, denn: „Die wollen die

* Mit ihren Parteifreunden Roland Vogt und Walter Schwenninger (sitzend).



Bündnis-Befürworter Schily, Fischer*: „Die Szene lacht sich kaputt“